

## Stellungnahme der FGL zur Erhöhung der Kita-Gebühren

Gute Bildungspolitik fängt bei den Kleinsten an und Eltern müssen auf ein verlässliches Betreuungsangebot zurückgreifen können. Daher setzen wir uns als Freie Grüne Liste seit vielen Jahren für den Ausbau der Tageseinrichtungen für Kinder und die Unterstützung der Kindertagespflege ein. Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und sollte daher grundsätzlich gebührenfrei sein. Bund und Land sind in der Pflicht, die Kommunen zu unterstützen. Bis Bildung von Anfang an gebührenfrei ist, streben wir als Übergangslösung die Gebührenfreiheit im letzten Kindergartenjahr oder zumindest eine einkommensabhängige Kita-Gebühr an.

In einem ersten Schritt haben wir erreicht, dass die Gebühr nach 4 Einkommensstufen berechnet wird. Der erste Vorschlag der Verwaltung lag noch bei 3 Stufen. Denn wir sind der Ansicht, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache und wollen vor allem die unteren und mittleren Einkommensgruppen entlasten.

Wir können die Sorgen der Familien bei den derzeit überall steigenden Kosten sehr gut nachvollziehen. Dennoch ist nach Jahren ohne eine Erhöhung der Kita-Gebühren die Anpassung jetzt unumgänglich. Rückmeldungen von Eltern haben uns gezeigt, dass sie nicht prinzipiell gegen solch eine Gebührenerhöhung sind. Die Gebühren in Konstanz sind die niedrigsten im ganzen Landkreis und für die freien Träger nicht mehr auskömmlich, so dass die Stadt ihnen mit Ausgleichszahlungen unter die Arme greifen muss.

Um aber die Familien nicht über Gebühr zu belasten, haben wir bereits im Jugendhilfeausschuss den Antrag gestellt, die Anpassung nicht um 35%, sondern um max. 25% vorzunehmen. Auch haben wir uns gegen die weiteren 2 Schließtage ausgesprochen, da wir wissen, was es für die Familien bedeutet, die Betreuung der Kinder in Schließzeiten zu gewährleisten. Allerdings sehen wir die Entlastung der Erzieherinnen und den Tarifabschluss positiv. Hier ist eine gute, kreative Lösung für alle seitens der Träger notwendig.

Wichtig ist der FGL in all diesen Fragen die frühzeitige Beteiligung der Eltern. Wir sind daher davon ausgegangen, dass dieser lang andauernde Planungsprozess in der Verwaltung unter Einbeziehung der Elternvertretung stattgefunden hat.